





klar.sozial


Parteitag vom 29. April 2009 in Bern


Solidarität – jetzt erst recht!

Die SP Kanton Bern fordert:

-  **Das soziale Netz muss auch in der Wirtschaftskrise tragen.**

-  **Unterstützung der Familien für mehr Chancengerechtigkeit in Schule, Ausbildung sowie Beruf und die Stärkung unserer Wirtschaft.**

-  **Gesundheitsversorgung für alle statt Zweiklassenmedizin.**

-  **Wohlergehen und Würde von Menschen mit Behinderung und im Alter dank sicherer Alters- und Invalidenvorsorge und guter Betreuungs- und Pflegeangebote.**

Die soziale Sicherheit muss gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die ganze Bevölkerung gewährt sein. Staatliche Interventionen sind zwingend: es geht um Menschen, um die Zukunft der Gesellschaft. Deshalb dürfen dem Staat nicht Finanzen entzogen werden (zum Beispiel durch Steuersenkungen), sonst kann er den Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung nicht nachkommen. Trägt das soziale Netz nicht mehr, so ist das für die Betroffenen in erster Linie eine menschliche Tragödie. Eine Wirtschaftskrise lässt bei vielen Menschen nachvollziehbare Gefühle wie Existenzängste, Verunsicherung und Perspektivlosigkeit aufkommen. Umso wichtiger ist in solchen Zeiten, dass ein tragfähiges Netz verlässlicher Sozialpolitik Sicherheit, Stabilität und echte Perspektiven vermittelt.

Auch in Zeiten der Hochkonjunktur hat es die Wirtschaft versäumt, Langzeitarbeitslose in genügender Anzahl in den Arbeitsprozess zurück zu integrieren. Vor allem für Kinder, welche in solchen Situationen aufwachsen muss das sozialpolitische Ziel sein, dass der Aufstieg aus der Armut durch die eigene Kraft möglich wird. Staatliche Interventionen sind deshalb absolut zwingend, vor allem um jungen Menschen den Einstieg in die Bildungs- und Arbeitswelt zu ermöglichen. Nach wie vor leistet sich die Schweiz ein Bildungssystem, welches viel zu stark auf Selektion statt auf Chancengerechtigkeit setzt. Hier sind auch aus volkswirtschaftspolitischen Überlegungen Korrekturen dringend notwendig.

Es ist ein Skandal, dass heutzutage eigene Kinder das Armutsrisiko Nummer 1 darstellen. Familien benötigen viel bessere, auf ihre Situation abgestimmte Unterstützung.

Wir stellen fest, dass die soziale Situation eines Menschen massgeblich für die Gesundheit verantwortlich ist: Ärmere Menschen sind häufiger krank und sterben früher als sozial besser Gestellte. Dieser Ungerechtigkeit muss mit sinnvollen Massnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung begegnet werden. Alle Menschen müssen Zugang zur Medizin, Pflege und Therapie haben, egal wie gross das Portemonnaie ist.

Viele alte Menschen leben dank einer weitsichtigen Sozialpolitik in finanzieller Sicherheit. Ein Sozialabbau würde das Armutsrisiko im Alter sofort hochschnellen lassen und ist als kurzsichtige Politik abzulehnen. Eben so wichtig sind gute Betreuungs- und Pflegeangebote für alle.

Wer die soziale Sicherheit destabilisiert, nimmt in Kauf, dass sich flächendeckend soziale Brennpunkte bilden. Sollen diese Brennpunkte wieder gelöscht werden, genügen schöne Worte aus bürgerlichem Politmund nicht mehr, dann sind hohe Investitionen notwendig. Sozialabbau kommt also letztlich auf allen Ebenen teuer zu stehen. Vernünftige Sozialpolitik orientiert sich immer an den Grundsätzen von Solidarität und Gerechtigkeit.

Forderungen

Das soziale Netz muss auch in der Wirtschaftskrise tragen.

Die SP Bern fordert

- Finanzierungsoffensive für Weiterbildung: wer sich weiterbilden oder eine Ausbildung nachholen will, wird kostenlos beraten und wenn nötig finanziell unterstützt. Der Kanton informiert flächendeckend über die Möglichkeit der Nachholbildung
- Bereitstellen von genügend Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose in enger Koordination von Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe (BIAS) und IV
- Wer von Kurzarbeit betroffen ist, muss zwingend die Möglichkeit für Nachqualifikationen haben
- Schaffen von Nischenarbeitsplätzen in der kantonalen Verwaltung und in der Wirtschaft
- Ausbau der Familien ergänzenden Kinderbetreuung
- Investitionen in mehr Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien
- Stabile Finanzpolitik: keine Steuersenkungen
- Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen

Unterstützung der Familien für mehr Chancengerechtigkeit in Schule, Ausbildung sowie Beruf und die Stärkung unserer Wirtschaft.

Die SP Bern fordert

- Ergänzungsleistungen für sozial schwache Familien
- Unterstützungsangebote, welche den unterschiedlichen Familienstrukturen gerecht werden
- Ausbau der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit als Integrationsmassnahmen (Sprachförderung, Aufgabenhilfe, Freizeit-, Kultur- und Ferienangebote)
- Ausbau von KiTa's und Tagesschulen mit hochwertigen Bildungsangeboten
- Unterstützung von Jugendlichen bei der Lehrstellensuche (Ausbau Case-Management, Brückenangebote). Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den jungen Frauen mit Migrationshintergrund.

Gesundheitsversorgung für alle statt Zweiklassenmedizin

Die SP Bern fordert

- Investition in Gesundheitsförderungsmassnahmen, welche vor allem den Bedürfnissen der sozial Schwächeren gerecht werden
- Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Gesundheitsförderung für diplomiertes Personal im Gesundheitswesen

- Garantie des Zugangs zu den medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Angeboten im Gesundheitswesen für die ganze Bevölkerung. Alle Tendenzen zur Zweiklassenmedizin sind zu bekämpfen

 **Wohlergehen und Würde von Menschen mit Behinderung und im Alter dank sicherer Alters- und Invalidenvorsorge und guter Betreuungs- und Pflegeangebote**

Die SP Bern fordert

- Stärkung der AHV- und IV - das Umlageverfahren für die Renten hat sich bewährt
- Zum Anlageverfahren der Pensionskassen braucht es Alternativen. Die ArbeitnehmerInnen müssen die Garantie auf eine sichere Rente aus der 2. Säule haben
- Ausbau der Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige
- Für ein ausreichendes Betreuungs- und Pflegeangebot müssen die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden
- Optimale Betreuungsangebote und eine gute Infrastruktur für eine weit gehende Autonomie für Menschen mit Behinderung